



Positionspapier EU - Reformvorschlag

**Ulrike Trebesius MdEP
Liberal-Konservative Reformer**

Ein so grundlegend dysfunktionales und beschädigtes System wie die Europäische Union erfährt eine zunehmende Ablehnung durch die Bürger. Die Brexit-Abstimmung kann als letzte Warnung vor dem Zerfall gesehen werden. Da wir uns klar zu den Vorteilen des Binnenmarktes bekennen, fordern wir jetzt eine fundamentale Reform der EU.

Europas Stärke und traditionelle Innovationskraft beruhen auf der Vielfalt seiner Menschen und Kulturen. Wir wollen diese Vielfalt erhalten und lehnen die Vision der „immer engeren Union“ eines europäischen Superstaates ab. Wir fordern, dass möglichst viele Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgegeben werden.

Mit diesem Papier zeigen wir einen Weg auf für eine Europäische Union, die auf Eigenverantwortung setzt und sich auf solche Anliegen beschränkt, die einen klaren europäischen Mehrwert haben. Wir stellen hiermit den gescheiterten Konzepten unsere Ideen von Vielfalt, Eigenverantwortung, Transparenz und Bürgernähe entgegen.¹

¹ Dies ist die zweite Version des LKR-Reformpapiers. In diese Version wurden einige Ideen und Verbesserungsvorschläge aus der Mitgliederbefragung vom Sommer 2016 eingebracht.



Inhaltsübersicht

Bestandsaufnahme	2
Aufbruch zu notwendigen Reformen	3
Die Vorteile des à-la-carte-Prinzips	6
Grenzkontrollen.....	7
Zwischen zwei Ideen.....	7
Fazit	10

Bestandsaufnahme

Das vereinigte Europa war der Versuch der Überwindung des Kriegstraumas zweier Weltkriege. Es war zunächst vorsichtig angelegt und sah Kooperationen in einzelnen wirtschaftlichen Bereichen vor. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1985 wurden die Weichen gestellt für den Ausbau und die Befugnisse der Europäischen Institutionen, die Schaffung des Binnenmarktes und die verstärkte politische Kooperation mit der Vision eines europäischen Superstaates.

In vier großen Vertragswerken² wurde die EU zwischen 1992 und 2009 zu einem gewaltigen Apparat ausgebaut. Weil sie das Kriegstrauma überwinden sollte, war sie mehr ideologisch motiviert als rational geplant. Probleme wollte man nicht sehen und Bedenken wurden weggewischt. Produkt dieser Geisteshaltung war das Abkommen von Schengen (1985) oder auch der Euro (Einführung 1999). Die teils skeptische Bevölkerung wurde so gut wie möglich übergangen. Dieses Europa war "Elitenprojekt", und wie bei ideologisch motivierten Projekten üblich, ist der Zusammenprall mit der Realität meist hässlich.

Heute funktionieren tragende Pfeiler des europäischen Systems nicht:

- Die Abkehr von der Rechtsstaatlichkeit beschädigt Europa in seinen geistigen Fundamenten. In der Euro-Krise wurden Gesetze im Verfassungsrang bis zur Unkenntlichkeit gebogen oder gebrochen. Die Regeln von Schengen und Dublin werden regelmäßig gebrochen und auch nationale Alleingänge wie die deutsche „Energiewende“ haben negative Auswirkungen auf die benachbarten Staaten und deren Wirtschaft.³ Politische Akteure, die nach beliebig wählbaren moralischen Argumenten ihre eigenen Regeln brechen, zerstören das Vertrauen der Bürger in Recht und Gesetz und beschädigen Europas Ansehen in der Welt.

² 1992-93 Maastricht, 1997-99 Amsterdam, 2001-03 Nizza und 2007-09 Lissabon

³ Die uneinheitliche Einspeisung von Windenergie aus Deutschland führt zeitweilig zu Überlastung von Netzen in den Nachbarstaaten.



- Die Wirtschaftskraft des Kontinents ist insbesondere durch das Euro-System massiv beschädigt. Die Vereinigung sehr unterschiedlicher Volkswirtschaften in einer Währung hat nicht funktioniert und die Situation wird sich durch eine weitere Zentralisierung und Umverteilung zum Erhalt maroder Strukturen nicht bessern. Im Gegenteil kann eine weitere Reduzierung von Eigenverantwortung die Situation nur verschlimmern.
- Der Wegfall der Binnengrenzen im Schengen-Raum hat zwar zu einer Intensivierung des grenzüberschreitenden Handels geführt, aber hat auch die Kriminalität und illegale Migration massiv gefördert. Eigentlich hat der Vertrag von Schengen funktionierende EU-Außengrenzen als Bedingung für die Abschaffung der Binnengrenzen vorausgesetzt. Obwohl die Außengrenzen nicht ausreichend geschützt werden, hat man nur an wenigen Stellen wieder Kontrollen eingeführt bzw. Schengen ausgesetzt (z.B. französische Grenze zu Italien). Die deutsche Bundesregierung verweigerte sich zu lange fast allen Grenzkontrollen. Räuber und Einbrecher reisen ungehindert beispielsweise aus Albanien oder Georgien ein. Auch aus EU-Ländern wie Holland, Polen oder Tschechien gibt es Kriminalitätstourismus. Das Resultat ist ein massiver Anstieg der Kriminalität in Deutschland. Darüber hinaus halten sich nach Schätzungen rund 500.000 Menschen illegal auf deutschem Boden auf.⁴
- Neben dem Schengen-System funktioniert auch das Dublin-System zur Aufnahme von Asylbewerbern nicht. Manche Erstankunftsländer wie Griechenland oder Italien kommen ihren Verpflichtungen nicht nach. Die Einladung von Angela Merkel an die Migranten der Welt, kurzerhand pauschal als Flüchtlinge bezeichnet, nach Deutschland zu kommen und hier dauerhaft zu bleiben, hat zur Überlastung der Erstaufnahmeländer stark beigetragen.
- Die Komplexität des aktuellen europäischen Systems ist besonders problematisch. Gesetzgebungsprozesse, Transferzahlungen, Institutionen, Verantwortlichkeiten usw. sind für den Bürger nicht mehr verständlich. Sehr oft wird die „Regelungswut“ Brüssels beklagt. Leider eröffnet gerade die Komplexität den Weg in die "Alternativlosigkeit", weil die etablierten Akteure dem viel schlechter informierten Wähler gegenüber einen zu großen Informationsvorsprung besitzen. Solange es eine starke Opposition gibt, mag das funktionieren. In einem Europa, in dem fast alle bedeutenden und gleichzeitig vom Scheitern der EU persönlich bedrohten Akteure sich darüber einig sind, dass mehr Zentralisierung und Transfers die Lösung sein sollen, funktioniert das nicht.

Aufbruch zu notwendigen Reformen

Der Binnenmarkt ist die zentrale Errungenschaft der Europäischen Union. Es zeigt sich jedoch, dass zu viele Politikbereiche der Idee des gemeinsamen Marktes untergeordnet worden sind und die politischen Annahmen zu optimistisch waren. Insbesondere die gemeinsame Währung Euro, die den Binnenmarkt stärken sollte, hat zu Handelsungleichgewichten geführt und war kontraproduktiv. Die Arbeitnehmer- und Personenfreizügigkeit, die bestimmend für die Brexit-

⁴ <http://www.welt.de/wirtschaft/article154038484/Wie-sich-unregistrierte-Fluechtlinge-durchschlagen.html>



Entscheidung war, hat der Europäischen Union eben durch diesen Brexit erheblichen Schaden zugefügt. Die gemeinsame Agrarpolitik ist aufgrund ihrer Subventionspolitik fragwürdig.

Wie kann man den Binnenmarkt erhalten und gleichzeitig ein System konstruieren, das die Korrektur von Fehlentwicklungen ermöglicht? Aus unserer Sicht muß die EU möglichst viele Bereiche den Nationalstaaten überlassen, ihnen aber zugleich einen Anreiz zur freiwilligen Zusammenarbeit bieten. Wenn die Zusammenarbeit in der EU den Bürgern einen konkreten Mehrwert liefert, wird sie im demokratischen Prozess von den Bürgern nachgefragt und akzeptiert werden.

- **Die Verantwortung der EU soll auf ihre Kernkompetenzen beschränkt werden.** Diese sind Außenhandel, Zollunion, Wettbewerbsrecht sowie der „Erhalt der Meeresschätze im Rahmen der Fischereipolitik“⁵. Zusätzlich fordern wir, von den gemischten Kompetenzen grenzüberschreitende Umweltverschmutzung, grenzüberschreitende biologische Vielfalt und Reaktorsicherheit neu zu Kernkompetenzen zu erklären.
- **Alle anderen gemischten Kompetenzen sollen an die Nationalstaaten zurückgehen.** Es handelt sich dabei um die Bereiche Währungspolitik, Verbraucherschutz, Forschung und Entwicklung, Sozialpolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Verkehr, Umweltpolitik, Landwirtschaft und Fischerei sowie Energiepolitik.⁶ So erreichen wir eine klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten, eine bessere Zurechenbarkeit der Verantwortung und höhere Transparenz für die Bürger. Eine weitere Vertiefung der EU, insbesondere in der Wirtschafts- und Währungspolitik, lehnen wir ab.
- **Wir fordern bei allen Kompetenzen, die nicht Kernkompetenzen sind, die Einführung des à-la-carte-Prinzips.** Die Grundlagen der Kooperation orientieren sich dann in den meisten Politikbereichen am System der „Verstärkten Zusammenarbeit“.⁷ Ein Ausstieg aus gemeinsamen Programmen muss möglich sein und beim Abschluss vertraglich geregelt werden. Dazu muss auch die Pflicht zum Ausstieg bei schweren Verletzungen der Vertragsgrundlagen kommen. Dieses Prinzip soll auch für die gemeinsame Währung Euro gelten.
- **Die Europäische Kommission soll das Initiativrecht der Gesetzgebung** bei allen Themen verlieren, die nicht zu ihren Kernkompetenzen zählen. Nach dem System der „Verstärkten Zusammenarbeit“ können 9 Mitgliedstaaten eine freiwillige Kooperation eingehen. Wir unterstützen dieses Prinzip, wollen aber die Anforderungen senken und fordern, das Initiativrecht an Gruppen von mindestens vier Mitgliedsstaaten UND mit mindestens 20 Mio. Bürgern zu geben.

⁵ Fischerei in grenzüberschreitenden Binnengewässern wäre eventuell den Kernkompetenzen zuzuschlagen.

⁶ Die komplette Aufstellung der Zuständigkeiten der EU und der Nationalstaaten findet man hier:

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV%3Aai0020>

⁷ <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3Aai0018>



- **Die EU soll deutlich verschlankt werden**
 - Durch den Verlust der gemischten Kompetenzen kann auf einen Großteil der Ausschüsse des Europäischen Parlamentes verzichtet werden. Wir fordern in der Folge eine Reduktion der Abgeordneten um mindestens 50%.
 - Abschaffung des Ausschusses der Regionen und des Ausschusses für Wirtschaft und Soziales.
 - Gemäß dem à-la-carte-Prinzip sollen Länder aus EU-Agenturen aussteigen dürfen.
 - Die Abschaffung eines der beiden Sitze des Europäischen Parlamentes.

- **Wir wollen die Rechtsprechung des EUGH auf Kernkompetenzen beschränken sowie auf freiwillige Kooperationen, die entsprechend dem à-la-carte-Prinzip abgeschlossen worden sind. Die Rechtsprechung des EUGH endet mit dem vertragsgemäßen Ausstieg aus gemeinsamen Programmen.**

- Wir fordern die demokratische Korrektur der Stimmrechte im Europäischen Parlament. Jedes Land soll Abgeordnete proportional zur Zahl seiner Bürger haben.

- Wir fordern die Einrichtung einer öffentlichen Debatte im Ministerrat.

- **Einführung von Kontrollen an den EU-Binnengrenzen mit dem biometrischen „Smart-Borders“-System (im Detail siehe übernächste Seite).**

- Alle Mitgliedsländer sollen 0,1% des BIP für die Aufrechterhaltung von Infrastruktur und Personal in den Europäischen Institutionen bereitstellen.⁸ Alternativ kann diese Größenordnung auch teilweise aus anderen Einnahmequellen wie z.B. Einnahmen aus EU-Agenturen bereitgestellt werden.

⁸ Schätzwert basierend auf aktuellen Anforderungen an Personal und Verwaltungskosten.



Die Vorteile des à-la-carte-Prinzips

Die Regierungen der Mitgliedsstaaten (4 Staaten bzw. Staaten mit insgesamt 20 Mio. Unionsbürgern) erhalten das Initiativrecht. Sie geben eine Gesetzesinitiative an die Kommission. Die Kommission erstellt eine Richtlinie und führt dabei einen Konsultationsprozess mit den Mitgliedsstaaten durch. Über diese Richtlinie muss dann im Ministerrat abgestimmt werden. Dort hat jeder Minister die Zahl an Stimmen wie die Gesamtzahl der Abgeordneten seines Landes im Europäischen Parlament. Wenn mehr als 50% der Stimmen (einfache Mehrheit) für diese Richtlinie entfallen, wird sie zur **offiziellen europäischen Richtlinie erklärt**. Es besteht keine Pflicht zur Umsetzung, aber wir wollen sanften Druck ausüben, sich an europäischen Lösungen zu beteiligen. Diese Richtlinie wird dann an die nationalen Parlamente gegeben, die darüber abstimmen, ob sie diese Richtlinie in ihrem Land umsetzen wollen. Es wäre ihnen möglich, diese Richtlinie für ihr Land abzulehnen oder an nationale Bedürfnisse anzupassen. Es soll bei jeder nationalen Abweichung die Pflicht bestehen, diese gegenüber der Europäischen Kommission zu dokumentieren. Auch Richtlinien, die keine 50% erreicht haben, können auf freiwilliger Basis übernommen werden.

Dieses Verfahren hat viele Vorteile:

- Die Kommission kann nur noch im Rahmen ihrer Kernkompetenzen tätig werden oder wenn sie einen klaren Auftrag der Nationalstaaten erhält. Die europäische Regelungswut wird somit klar beschränkt.
- Die Verantwortlichkeiten werden klarer und die demokratische Kontrolle erleichtert. Die Abgeordneten der nationalen Parlamente treffen die meisten Entscheidungen für ihr Land.
- Das Europäische Parlament kann deutlich verkleinert werden.
- Es wird in vielen Bereichen eine offizielle europäische Richtlinie geben. Gute Richtlinien werden von vielen Staaten übernommen werden. Die Dokumentationspflicht der Mitgliedstaaten bei Abweichungen sorgt dafür, dass die Kommission über Mängel ihrer Richtlinien genau informiert wird.
- Kooperationen im europäischen Rahmen bleiben attraktiv. Gemeinsame Infrastrukturprojekte beispielsweise können von einer Gruppe von Ländern initiiert und finanziert werden während andere Länder sich nicht beteiligen müssen. Solch eine Kooperation kann für die Mitgliedsländer attraktiv sein, weil sie dann die fachlichen Kompetenzen der Europäischen Kommission nutzen können und mit dem EUGH eine für die Teilnehmer neutrale Instanz für die Rechtsprechung zuständig wird.
- Ergänzend schlagen wir die Einführung eines Güte-Siegels für Produkte vor, die nach den europäischen Richtlinien hergestellt worden sind. Für die Umsetzung soll der Handel verantwortlich sein. Verstöße würden von der EU-Kommission verfolgt.



Grenzkontrollen

Wir wollen wieder wissen, wer sich auf deutschem Gebiet aufhält. Ganz besonders geht es dabei um Kriminalitätsbekämpfung, illegale Migration und Missbrauch sozialer Systeme. Das „Smart Borders“-System wird aktuell von der EU entwickelt, um den Reiseverkehr an den EU-Außengrenzen zu unterstützen und schnell abzuwickeln. Es mag aktuell noch technische Schwächen haben, aber es macht keinen Sinn, ein weiteres System parallel zu entwickeln.

Wir wollen Schengen dahingehend ergänzen, dass das „smart-borders“-System jederzeit, unbegrenzt und ohne Vorbedingung von den Staaten eingerichtet werden können. Da das „smart-borders“-System für Geschäftsreisende ausgelegt worden ist und eine schnellstmögliche Bearbeitung erreichen soll, wird der Nutzen den Schaden klar überwiegen. Mit einer langwierigen Kontrolle an der Grenzen ist nicht zu rechnen. Vielleicht wäre der Aufwand vergleichbar mit einer Mautstelle, wie es sie an vielen europäischen Autobahnen gibt. Dort verliert man meist nur 2-3 Minuten. Ausländer (EU und nicht-EU) müssten sich bei Einreise in Deutschland biometrisch registrieren und müssten sich später in Deutschland ausweisen können. Für Polizei, soziale Dienste oder kommunale Behörden wäre es dann möglich, Gesetzesverstöße (wie z.B. doppelte Registrierungen, Einbruchskriminalität usw.) sehr viel leichter aufzuklären. Bei Verstößen gegen die Gesetze könnten nicht-EU-Ausländer sofort abgeschoben werden. Wir orientieren uns bei der Ausweisungspflicht klar an anderen Ländern wie z.B. den USA.

Das SB-System soll für alle Ausländer in Deutschland gelten und, je nach länderspezifischer Nutzung, für Deutsche dann ebenso im EU-Ausland. Ausländer wären dann verpflichtet, sich bei der Ein- und Ausreise in Deutschland zu registrieren und müssten in Deutschland gültige Papiere vorweisen können.

Sicherheit ist immer eine Abwägung zwischen Kontrolle und Freiheit. Die Freiheit der eigenen Staatsbürger würde so in Deutschland nicht eingeschränkt, aber die Sicherheit erheblich verbessert. Eventuell müssten sich auch Deutsche bei Reisen ins Ausland registrieren lassen, so wie es heute bereits für deutsche Urlauber in den USA erforderlich ist. Diese Anforderungen sind im Interesse der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung vertretbar.

Zwischen zwei Ideen

Die EU wird zwischen zwei Ideen zerrissen. Einerseits der Vision der „immer engeren Union“ und zweitens zwischen dem Konzept der unabhängigen Nationalstaaten. Europas Weg an die Weltspitze bei Verwaltung und Technologie war der Triumph des Konzeptes der wetteifernden Nationalstaaten. Sie haben sich gegenseitig zu immer neuen Höchstleistungen getrieben. Der Wettbewerb hat aber auch seine Schattenseiten. Zwei Weltkriege haben das heutige Europa entscheidend geprägt. Die Europäische Union ist ein Produkt der Geschichte des 20. Jahrhunderts und sie soll den kriegerischen Wettbewerb unmöglich machen.

In der Konzeption und insbesondere bei der Umsetzung der Europäischen Union hat man die Bedeutung des Wettbewerbs vernachlässigt. Der produktive Wettbewerb der Nationalstaaten um bessere Regulierungen oder besseres Geld wurde ersetzt durch eine Transferunion im Euro-System, gewaltige Agrar- Kohäsions- und Sozialfonds und soll erweitert werden durch Pläne wie



die angedachte Europäische Arbeitslosenversicherung⁹, das vorgeschlagene Finanzministerium für die Euro-Zone¹⁰ oder eine eigene Euro-Steuer¹¹ (z.B. eine Emissionssteuer oder eine Transaktionssteuer für den Wertpapierhandel). Besonders problematisch ist der "Bericht der fünf Präsidenten" von 2015, ein umfangreicher Plan zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Dieser Bericht zeichnet den Weg in einen europäischen "Superstaat" und eine umfangreiche Transferunion vor. Inzwischen wurde eine Vielzahl von neuen Vorschlägen vorgelegt, so z.B. die „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16 Februar 2017 zu möglichen Entwicklungen und Anpassungen der derzeitigen institutionellen Struktur der Europäischen Union“, das Weißbuch von Kommissionspräsident Juncker im März 2017, die fünf Reflexionspapiere der Europäischen Kommission im Frühjahr 2017 oder die Initiative des französischen Präsidenten Macron vom September 2017. Alle machen Vorschläge für den Weg in einen Europäischen Einheitsstaat. Führende Vertreter dieser Denkrichtung machen auch keinen Hehl daraus, dass sie die Nationalstaaten abschaffen wollen und einzig allein die Regionen zum Erhalt kultureller Werte erhalten wollen.

Das traditionelle Erfolgsmodell Europa wird so ad absurdum geführt. Innovationen werden heute durch Gleichschaltung aus Brüssel erstickt und durch immer neue Transfers profitieren die starken Staaten auch nicht mehr ausreichend von ihren Leistungen. Zu Zeiten der D-Mark bedeutete jede Aufwertung eine Reallohnerhöhung für die Arbeitnehmer. Im Euro geht der deutsche Wettbewerbsvorteil direkt in die Kassen der Exportunternehmen. Wer wie Deutschland keinen Wohlstand für breite Massen mehr erzeugen kann, verliert seine Akzeptanz bei den Bürgern und auch seine Vorbildfunktion in Europa.

Die Befürworter der Zentralisierung verweisen meist auf den globalen Wettbewerb mit anderen Weltregionen, aber dieser ist im politischen Bereich weniger nützlich. In wettbewerblichen Systemen jeder Art werden üblicherweise Erfolgsmodelle kopiert. Das gilt auch für politische Systeme und Gesetze. Aber man muss gute Systeme auch kennen und verstehen, um einen Nutzen daraus ziehen zu können. Deshalb ist es beispielsweise für Deutsche einfacher, etwa ein holländisches oder dänisches System zum Vergleich zu nutzen als ein koreanisches. Der Informationsfluss, den Wähler für eine vernünftige Entscheidung brauchen, ist durch die kulturelle Nähe, die geringeren Sprachbarrieren und den größeren Reiseverkehr gesichert. Den innereuropäischen Wettbewerb aufzugeben ist deshalb ein Fehler. Sicher kommen auch sinnvolle Regulierungen aus Brüssel, aber diese kann man auch erreichen, wenn ein Land gute Regeln einführt, diese sich in der Realität beweisen, und andere Länder dann freiwillig nachziehen.

Aktuell versuchen fast alle etablierten Parteien, die zusammen das heutige Europa konstruiert haben, ihre Vision von der „immer engeren Union“ am Leben zu erhalten. Die große Übermacht der Altparteien vertritt die Theorie, dass der europäische Zusammenschluss noch nicht eng genug sei, sondern ein Mehr an Zentralisierung eine Verbesserung der Lage bringen müsse. Es fehlt

⁹ Nach einem aktuellen Vorschlag aus Frankreich müsste man diese mit dem Recht ausstatten, Euro-Bonds zu emittieren: <http://www.euractiv.de/section/eu-innenpolitik/news/idee-einer-europaeischen-arbeitslosenversicherung-gewinnt-an-fahrt/>

¹⁰ <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/euro-raum-europa-braucht-ein-gemeinsames-finanzministerium-1.2852586>

¹¹ <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/eurozone-soll-finanzminister-und-eurosteuer-bekommen-a-1045206.html>



zumeist sogar die Bereitschaft, die Fehler der zu weit vorangeschrittenen Zentralisierung, beispielsweise das Euro-System und die Folgeeffekte wie die gewaltige Arbeitslosigkeit in Südeuropa, überhaupt zu anzuerkennen oder zu diskutieren. Menschen, die Antworten oder Lösungen fordern, werden als Extremisten beschimpft oder als dumm bezeichnet. Ökonomisch aber gibt es wenig Grund, durch die zusätzlichen Transfersysteme und mehr Zentralisierung eine Gesundung des Systems zu erwarten. Transferzahlungen halten bankrotte Systeme über Wasser und vermindern den Druck auf die politischen Akteure, grundlegende Probleme anzugehen.

Auch die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union und ihrer Repräsentanten leidet. Gebrochene Versprechen zum Thema Euro beschädigen die Union insgesamt und in der aktuellen Brexit-Diskussion hat auch die große EU-Binnenmigration, die einst als relativ kleiner Effekt in Aussicht gestellt worden war, eine zentrale Rolle gespielt.

Der Vorschlag, die Zentralisierung auf das aus unserer Sicht notwendige Minimum zu beschränken und eine Wiederbelebung des Wettbewerbsgedankens zu erreichen, stellt einen Weg zwischen der Vision unabhängiger Nationalstaaten und der eines zentralisierten Superstaates dar. Wir wollen wieder eine Balance herstellen. Wir wollen einerseits durch Handel und wirtschaftliche Verknüpfung die Gefahr von Konflikten ausschließen und andererseits die Freiheit und die Innovationskraft der Nationen und Regionen sowie die kulturelle Vielfalt schützen und erhalten.

Wir haben schon Reformen vorgeschlagen, die das bestehende System verbessern würden, wie exemplarisch die umfassende Reformierung des EU-Haushalts durch Einführung des „Netto-Prinzips“ in der Budgetierung.¹² Allerdings ist es erstrebenswert, die aktuelle Brexit-Entscheidung zum Anlass zu nehmen, um durch eine fundamentale Reform die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union zu erreichen.

¹² http://bernd-koelmel.de/wp-content/uploads/2016/03/160304_EKR-Broschüre_Haushaltsleitlinien.pdf

Fazit

Das Referendum Großbritanniens über den Verbleib in der EU hat eine längst überfällige Debatte zu Reformen in der EU ausgelöst. Ich habe Vorschläge für Reformen vorgelegt, um die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union zu erreichen und damit auch mehr Bürgernähe, Transparenz, Subsidiarität und Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten.

Durch die Eurokrise sowie die Migrationskrise wurden die Schwächen der Europäischen Union offenbar, die Vertragsbrüche (Schengen, Dublin, Maastricht, ESM-Vertrag) mittlerweile zum traurigen Alltag haben werden lassen. Das Vertrauen der Bürger in die Europäischen Institutionen ist nicht zuletzt aus diesen Gründen erodiert.

Nur wenn aber die Menschen in Europa mehrheitlich diese Idee einer gemeinschaftlichen Union unterstützen, hat die EU eine Chance. Deshalb sehen wir eine grundsätzliche Erneuerung und Reform der EU als zwingend notwendig an. Den alten Köpfen fehlt es dabei nachweislich an Kraft, Mut und Kreativität. Die EU braucht aber neue Impulse, wenn sie fortbestehen will.

16. März 2018



Anschrift:

Europäisches Parlament

Ulrike Tebesius MdEP

60, Rue Wiertz

1047 Bruxelles

Telefon: +32 228 45 498

Fax: +32 228 49 498

E-Mail: ulrike.trebesius@europarl.europa.eu